

zum Antrag der SPD „Geschlechtergerechte Haushaltspolitik – Bereitstellung von Haushaltsmitteln nach dem Prinzip des Gender Budgeting“

Sehr geehrte Ratsvorsitzende, sehr geehrter Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren und besonders: liebe Frauen,

wir begrüßen ausdrücklich den Antrag der SPD zum Gender-Budgeting und werden diesen selbstverständlich unterstützen.

Ausgangslage

Gender-Budgeting ist ein Verfahren, das sich weltweit als gleichstellungspolitisches Instrument etabliert hat.

Gender Budgeting, auf Deutsch: geschlechtergerechte Haushaltssteuerung, zielt auf eine gleichstellungsorientierte Erhebung und Verwendung staatlicher Einnahmen und Ausgaben. Dazu gehört, die Auswirkungen der staatlichen Haushaltspolitik auf geschlechtsbezogene Verwirklichungschancen zu prüfen und an gleichstellungsrelevanten Zielen auszurichten.

„Gender Budgeting beinhaltet und erfordert (...) eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern in den Gremien, in denen über öffentliche Gelder entschieden wird.“ Dieser Satz steht so in dem Gutachten der Sachverständigenkommission zum 3. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, der im Januar dieses Jahres veröffentlicht wurde.

Weiteres Vorgehen

Daher beantragen wir, dass der Ausschuss, indem dieser Antrag der SPD beraten wird, mindestens zur Hälfte aus Frauen bestehen muss.

Ich habe einmal nachgezählt: im zuständigen Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten sitzen 9 Männer und keine einzige Frau. Von Verwaltungsseite waren beim letzten Ausschuss 3 Männer und nur eine Frau, Frau Raue, dabei. Im VA sieht es nicht besser aus: 9 Männer und als einzige Frau nur unsere Grüne Simone Heller.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube es ist offensichtlich, dass wir so eine Entscheidung, die sich mit Fragen der Geschlechtergerechtigkeit beschäftigt, nicht ausschließlich den Männern überlassen dürfen. Daher, und hier wiederhole ich mich gerne, muss der Beratungsausschuss für dieses Thema mindestens zur Hälfte aus Frauen bestehen.

Sowohl Rat als auch die Verwaltung müssen hierfür in die Verantwortung genommen werden. Für die Zukunft schlagen wir daher vor, dass ein Gleichstellungsausschuss geschaffen wird, der sich genau mit diesen Fragestellungen beschäftigt und der selbstverständlich ebenfalls paritätisch, also mit 50% Frauen, besetzt sein muss. Wir hoffen darauf, in der kommenden Ratsperiode hierfür eine Mehrheit finden.